

Anfragen zum Plenum  
zum im Sitzungsplan vorgesehenen Plenum am 01.04.2020

Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Anna T o m a n (GRÜ):

„Inwieweit werden die Maßnahmen der Staatsregierung vom 16. März 2020 zur Eindämmung des Coronavirus, Covid-19, in den Anker-Einrichtungen und weiteren Flüchtlingsunterkünften insbesondere bezüglich Belegungsdichte, Essensversorgung/Kantinenbetrieb und Situation der Kinder umgesetzt, wie nimmt die Staatsregierung Stellung zum offenen Brief der Bamberger Mahnwache Asyl vom 18. März 2020 und zu der mangelnden Quarantäne im Ankunftszentrum in der Maria-Probst-Str. in München und welche mehrsprachigen Aufklärungs- und Notfallmaßnahmen werden für die Anker- Einrichtungen und weitere Flüchtlingsunterkünfte getroffen (bitte Zeitplan angeben)?“

Staatsminister Joachim H e r r m a n n antwortet:

Die Staatsregierung steht in ständigem und engen Kontakt mit den für die Asylunterbringung zuständigen Bezirksregierungen, um eine Ausbreitung des SARS-CoV-2 Virus und einer Infektion der dort untergebrachten Personen so gut es geht vorzubeugen. Dabei gilt es die bereits ergriffenen sowie mögliche, darauf aufbauende Maßnahmen aufgrund der dynamischen Entwicklung flexibel an die jeweilige Lage anzupassen. Ein starrer Zeitplan kann insofern nicht genannt werden, da sich sowohl die zeitliche Komponente als auch die konkreten Maßnahmen ständig ändern können. Die bereits umgesetzten oder angestoßenen Präventivmaßnahmen umfassen u. a.:

- In Bayern werden seit 27. Februar alle Neuzugänge und Asylsuchenden, die seit 30. Januar 2020 angekommen sind, verdachtsunabhängig auf COVID-19 getestet.
- Die Regierungen haben Maßnahmen getroffen, um die Belegung in den Unterkünften zu entzerren. Dies gilt sowohl für die Unterkunftsgebäude, als auch für einzelne Zimmer.
- Möglichkeiten für eine gesonderte Unterbringung besonders gefährdeter Personen aufgrund von Alter, Vorerkrankungen oder sonstiger Aspekte befinden sich in den ANKERn in der Umsetzung.

- Zugangsbeschränkungen für nicht in Unterkünften untergebrachte Personen oder dort fest eingesetztes Personal sind erfolgt.
- Die Essensversorgung im ANKER erfolgt weiter grundsätzlich in den Kantinen. Hier wird durch Auflockerung der Bestuhlung die Einhaltung des Mindestabstandes von 1,5 Meter sichergestellt. Zudem erfolgte eine Ausweitung der Öffnungszeiten. Begründete Verdachtsfälle, noch im Testverfahren anstehende Asylsuchende und positiv Getestete werden jeweils separiert von den übrigen ANKER-Bewohnern versorgt. Gleichzeitig besteht in vielen Einrichtungen die Möglichkeit, die Speisen mitzunehmen und auf dem eigenen Zimmer zu essen.
- Es erfolgte die Schließung von – soweit vorhandenen – Sport- und Spielplätzen.
- Die Informationsblätter vom RKI und anderen Stellen wurden in zahlreichen Übersetzungen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die Bewohnerinnen und Bewohner durch das Personal vor Ort regelmäßig informiert und dieses steht den Untergebrachten als Ansprechpartner zur Verfügung.
- Darüber hinaus gelten alle Maßnahmen analog der von der Bayerischen Staatsregierung eingesetzten Ausgangsbeschränkung.
- Das StMI unterstützt die Bezirksregierungen so gut wie möglich bei der Beschaffung von Desinfektionsmittel und Schutzausrüstung.
- Symptomatische Bewohner bzw. Personal werden getestet.
- Wird eine COVID-19 Erkrankung festgestellt, wird das zuständige Gesundheitsamt verständigt. Dieses ordnet Quarantänemaßnahme im erforderlichen Umfang an. Gemeinsam erfolgt dann die Ermittlung von möglichen Kontaktpersonen.
- Für Verdachtsfälle und Infizierte werden separate Unterkunftsmöglichkeiten genutzt. Positiv getestete Bewohner werden für mindestens 14 Tage isoliert.

Der genannte offene Brief spricht vergleichbare Fragestellungen, lediglich mit speziellem Bezug auf den ANKER Oberfranken an und wurde bereits vom Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration und von der Regierung von Oberfranken beantwortet. Was die in dem offenen Brief angesprochene aufenthalts- und asylrechtlichen Themen angeht, gilt darüber hinaus weiterhin, dass keine Nachteile durch die Coronapandemie für die in den ANKERn untergebrachten Personen entstehen.